

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 4266

[C – 2007/33077]

19. JULI 2007 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Schaffung des Rates für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration (RESI) in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993, 16. Dezember 1996, 18. Dezember 1998, 4. Mai 1999, 6. Mai 1999, 25. Mai 1999, 22. Dezember 2000, 7. Januar 2002, 24. Dezember 2002, 5. Mai 2003 und 3. Juli 2003;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 16 Juli 2007;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 31 Mai 2007;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass es jegliche Verspätung, die sich infolge der Erweiterung des Tätigkeitsfeldes des früheren EZA-Rates nachteilig auf einen wichtigen Teilbereich der internationalen Beziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft auswirken könnte, zu vermeiden gilt, und dass das Funktionieren des Rates nach diesen Änderungen gewährleistet ist.

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und des Vize-Ministerpräsidenten;

Nach Beratung;

Beschließt:

Artikel 1 - Einsetzung des Rates für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration

Es wird ein Rat für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzt, nachstehend RESI genannt.

Art. 2 - Aufgaben des RESI

§ 1 - Der RESI ist damit beauftragt, die Entwicklungszusammenarbeit, die Nord-Süd-Solidarität und die Integration der ausländischen Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gestalten.

Der RESI steht den zuständigen Ministern beratend zur Seite und bezieht Stellung zu gesellschafts- und entwicklungspolitischen Themen.

§ 2 - Zu den Aufgaben des RESI gehören insbesondere:

a) die kontinuierliche Bestandsaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Feststellung der Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht;

b) die Erarbeitung und Durchführung neuer nachhaltiger Projekte insbesondere im Bereich der Sensibilisierungsarbeit und der Nord-Süd-Partnerschaft auf Basis dieser Bestandsaufnahme;

c) die Festlegung jährlicher Schwerpunktthemen in Absprache mit den zuständigen Ministern;

d) die Durchführung einer Forums-Veranstaltung zu einem der Schwerpunktthemen, mindestens alle zwei Jahre;

e) die Behandlung der Thematik «Migration»;

f) die Behandlung der Thematik «Integration der ausländischen Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft»;

g) die Aufwertung der Entwicklungszusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

h) die Förderung der Zusammenarbeit der einzelnen Organisationen untereinander, unter anderem durch die Schaffung eines Netzwerkes;

i) die Förderung der Zusammenarbeit mit den für die Thematik zuständigen Dienststellen der Europäischen Union, des Föderalstaates, sowie der Regionen und der Gemeinschaften.

§ 3 - Zum Abschluss seiner Mandatsperiode verfasst der RESI einen Bericht zur Lage der Entwicklungszusammenarbeit, der Solidarität und der Integration der ausländischen Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 3 - Zusammensetzung des RESI

§ 1 - Der RESI setzt sich zusammen aus Organisationen, die ihren Sitz oder ihre Niederlassung im deutschen Sprachgebiet haben und dort seit mindestens einem Jahr in einem der nachstehenden Bereiche tätig sind:

- die Entwicklungszusammenarbeit;

- die Unterstützung von Emanzipations- und Menschenrechtsbewegungen;

- die Förderung des Fairen Handels;

- die entwicklungspolitische Bildungs- und Bewusstseinsarbeit und die interkulturelle Arbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

- die Betreuung und Begleitung von Immigranten und Flüchtlingen;

- die Eine-Welt-Thematik.

Die Regierung bestimmt die ersten Mitgliedsorganisationen des RESI.

Über Anträge auf Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen entscheidet die Regierung nach Gutachten des RESI.

§ 2 - Die Regierung bezeichnet die Mitglieder des RESI auf Vorschlag der im RESI vertretenen Organisationen, wobei die Missionsgruppen pro Dekanat vertreten sind. Für jedes Mitglied wird ein Ersatzmitglied bezeichnet.

In Anwendung des Dekretes vom 3. Mai 2004 über die Förderung der ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen in beratenden Gremien, schlägt die jeweilige Organisation für jedes Mandat einen Mann und eine Frau vor.

Die Mitglieder des RESI werden für die Dauer von vier Jahren bezeichnet. Das Mandat ist erneuerbar.

Dem RESI gehören mit beratender Stimme an:

- höchstens zwei Vertreter der Regierung;
- höchstens zwei Vertreter des Ministeriums.

§ 3 - Der Austritt einer Organisation wird einen Monat nach schriftlicher Mitteilung an die Regierung gültig und führt von Rechtswegen zum Rücktritt des Mitglieds, das diese Organisation im RESI vertritt.

Der Rücktritt eines Mitglieds wird einen Monat nach schriftlicher Mitteilung an die Regierung gültig. In diesem Fall führt der Ersatzkandidat das Mandat seines Vorgängers zu Ende, es sei denn die Regierung bezeichnet gemäß § 2, Absatz 1, ein neues Mitglied, das das Mandat zu Ende führt.

Art. 4 - Arbeitsweise des RESI

§ 1 - Der RESI tagt mindestens zweimal im Jahr. Er verabschiedet jeweils vor dem 1. März ein jährliches Arbeitsprogramm zur Umsetzung der in Artikel 2 § 2 genannten Aufgaben sowie einen Tätigkeitsbericht über das Vorjahr.

Der RESI tritt spätestens zwei Monate nach der Bezeichnung seiner Mitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen.

§ 2 - Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt der RESI sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise und der Finanzverwaltung des RESI und des Präsidiums.

Art. 5 - Das Präsidium

Der RESI wählt unter seinen Mitgliedern für die Dauer von vier Jahren einen Präsidenten, einen Vize-Präsidenten sowie fünf Beisitzer, darunter zwei Vertreter von Organisationen, die sich der Entwicklungszusammenarbeit widmen, und zwei Vertreter von Organisationen, die sich mit der Behandlung der Thematik «Migration» auseinandersetzen.

Das Präsidium wählt unter den Beisitzern einen Sekretär und einen Finanzverwalter.

Dem Präsidium gehören mit beratender Stimme an:

- ein Vertreter der Regierung;
- ein Vertreter des Ministeriums;
- höchstens drei vom Präsidium bezeichnete Experten. Diese dürfen nicht Mitglied einer im RESI vertretenen Organisation sein.

Das Präsidium ist mit der Vorbereitung und der Umsetzung der Beschlüsse des RESI sowie der konkreten Erledigung der in Art. 2 § 2 bezeichneten Aufgaben beauftragt.

Art. 6 - Finanzielle Bestimmungen

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung dem RESI jährlich eine Dotation zur Durchführung seines Auftrags.

Das Präsidium legt jährlich vor dem 1. März des darauf folgenden Jahres Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ab und übermittelt der Regierung die Belege.

Die Mitglieder des RESI und des Präsidiums haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß Erlass der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 7 - Aufhebungsbestimmung

Der Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2001 zur Schaffung des Rates für Entwicklungszusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist aufgehoben.

Art. 8 - In-Kraft-treten

Vorliegender Erlass tritt am 1. September 2007 in Kraft.

Art. 9 - Durchführungsbestimmung

Der Ministerpräsident und der Vize-Ministerpräsident sind mit der Ausführung des Erlasses beauftragt.

Eupen, den 19. Juli 2007

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus
B. GENTGES

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 4266

[C — 2007/33077]

19 JUILLET 2007. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant création en Communauté germanophone du Conseil pour la Coopération au Développement, la Solidarité et l'Intégration (« RESI »)

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993, 16 juillet 1993, 30 décembre 1993, 16 décembre 1996, 18 décembre 1998, 4 mai 1999, 6 mai 1999, 25 mai 1999, 22 décembre 2000, 7 janvier 2002, 24 décembre 2002, 5 mai 2003 et 3 juillet 2003;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 16 juillet 2007;

Vu l'avis favorable de l'inspecteur des Finances, donné le 31 mai 2007;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'il faut éviter tout retard pouvant avoir des répercussions négatives sur une partie importante des relations internationales de la Communauté germanophone à la suite du développement du champ d'activité de l'ancien conseil pour la coopération au développement, et que le bon fonctionnement du conseil soit garanti à la suite de ces modifications;

Sur la proposition du Ministre-Président et du Vice-Ministre-Président;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Installation du Conseil pour la coopération au développement, la solidarité et l'intégration

Il est institué en Communauté germanophone un Conseil pour la coopération au développement, la solidarité et l'intégration, ci-après dénommé «RESI».

Art. 2. Missions du RESI

§ 1^{er}. Le RESI est chargé d'organiser la coopération au développement, la solidarité Nord-Sud et l'intégration de la population étrangère en Communauté germanophone.

Le RESI conseille les ministres compétents et prend position sur des thèmes socio-politiques et de politique du développement.

§ 2. Le RESI a notamment pour mission :

a) de dresser continuellement un état des lieux de la coopération au développement en Communauté germanophone et d'établir les secteurs nécessitant une intervention;

b) d'élaborer et de réaliser, sur la base de cet état des lieux, de nouveaux projets durables, notamment en ce qui concerne le travail de sensibilisation et le partenariat Nord-Sud;

c) de fixer annuellement des thèmes-clés en concertation avec les ministres compétents;

d) d'organiser au moins tous les deux ans un forum portant sur un de ces thèmes-clés;

e) de traiter de la thématique des migrations;

f) de traiter de la thématique de l'intégration de populations étrangères en Communauté germanophone;

g) de valoriser la coopération au développement en Communauté germanophone;

h) de promouvoir la coopération entre les différentes organisations, notamment en créant un réseau;

i) de promouvoir la coopération avec les services de l'Union européenne, de l'Etat fédéral, des régions et des communautés compétents en la matière.

§ 3. A la fin de son mandat, le RESI établit un rapport sur la situation de la coopération au développement, la solidarité et l'intégration de populations étrangères en Communauté germanophone.

Art. 3. Composition du RESI

§ 1^{er}. Le RESI se compose d'organisations qui ont leur siège ou sont établies en région de langue allemande et y sont actives depuis au moins un an dans l'un des secteurs suivants :

- la coopération au développement;

- le soutien de mouvements pour l'émancipation et les droits de l'homme;

- la promotion du commerce équitable;

- le travail de formation et de conscientisation quant à la politique du développement et le travail interculturel en Communauté germanophone;

- la guidance et l'accompagnement d'immigrants et de réfugiés;

- la mondialisation.

Le Gouvernement détermine les organisations qui seront les premiers membres du RESI.

Le Gouvernement statue sur les demandes d'affiliation de nouvelles organisations sur avis du RESI.

§ 2. Le Gouvernement désigne les membres du RESI sur la proposition des organisations représentées au sein du RESI, les groupes missionnaires étant représentés par doyen. Un suppléant est désigné pour chaque membre.

En application du décret du 3 mai 2004 promouvant la présence équilibrée d'hommes et de femmes dans les organes consultatifs, les différentes organisations proposent un homme et une femme pour chaque mandat.

Les membres du RESI sont désignés pour quatre ans. Le mandat est renouvelable.

Sont membres du RESI avec voix consultative :

- au plus deux représentants du Gouvernement;
- au plus deux représentants du Ministère.

§ 3. Le retrait d'une organisation prend effet un mois après communication écrite au Gouvernement et entraîne de droit la démission du membre représentant cette organisation au sein du RESI.

La démission d'un membre prend effet un mois après la communication écrite au Gouvernement. Dans ce cas, le suppléant achève le mandat de son prédécesseur, à moins que le Gouvernement ne désigne un nouveau membre conformément au § 2, alinéa 1^{er}, pour achever le mandat.

Art. 4. Fonctionnement du RESI

§ 1^{er}. Le RESI siège au moins deux fois l'an. Pour le 1^{er} mars au plus tard, il adopte un programme de travail annuel en vue de mener à bien les missions mentionnées à l'article 2, § 2, ainsi qu'un rapport d'activité relatif à l'année précédente.

Le RESI siège pour la première fois au plus tard deux mois après la désignation de ses membres.

§ 2. Dans les deux mois de cette première réunion, le RESI se dote d'un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement. Ce règlement d'ordre intérieur règle en détails le fonctionnement et la gestion financière du RESI et du bureau.

Art. 5. Bureau

Le RESI élit parmi ses membres, pour quatre ans, un président, un vice-président ainsi que cinq assesseurs, parmi lesquels deux représentants d'organisations qui se consacrent à la coopération au développement et deux représentants d'organisations qui s'occupent du thème de la migration.

Parmi les assesseurs, le bureau élit un secrétaire et un administrateur financier.

Sont membres du bureau avec voix consultative :

- un représentant du Gouvernement;
- un représentant du Ministère;
- trois experts au plus, désignés par le bureau. Ceux-ci ne peuvent être membres d'une organisation représentée au sein du RESI.

Le bureau est chargé de la préparation et de la mise en oeuvre des décisions du RESI ainsi que de la réalisation concrète des missions mentionnées à l'article 2, § 2.

Art. 6. Dispositions financières

Dans les limites des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement octroie annuellement au RESI une dotation pour mener ses missions.

Pour le 1^{er} mars de l'année suivante, le bureau rend compte de l'utilisation des moyens et transmet les justificatifs au Gouvernement.

Les membres du RESI et du bureau ont droit à des jetons de présence et à des indemnités de déplacement conformément à l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone.

Art. 7. Disposition abrogatoire

L'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2001 portant sur la création d'un conseil pour la coopération au développement en Communauté germanophone est abrogé.

Art. 8. Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} septembre 2007.

Art. 9. Exécution

Le Ministre-Président et le Vice-Ministre-Président sont chargés de l'exécution de l'arrêté.

Eupen, le 19 juillet 2007.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 4266

[C — 2007/33077]

19 JULI 2007. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap houdende oprichting in de Duitstalige Gemeenschap van de Raad voor Ontwikkelingssamenwerking, Solidariteit en Integratie (« RESI »)

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993, 16 juli 1993, 30 december 1993, 16 december 1996, 18 december 1998, 4 mei 1999, 6 mei 1999, 25 mei 1999, 22 december 2000, 7 januari 2002, 24 december 2002, 5 mei 2003 en 3 juli 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 16 juli 2007;

Gelet op het gunstig advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 31 mei 2007;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid door het feit wordt gerechtvaardigd dat elke vertraging, toe te schrijven aan een uitbreiding van het activiteitsgebied van de toenmalige raad voor ontwikkelingssamenwerking en die nadelige gevolgen zou kunnen hebben op een belangrijk gebiedgedeelte van de internationale betrekkingen van de Duitstalige Gemeenschap, moet worden vermeden en dat door deze wijzigingen voor de werking van de raad wordt gezorgd;

Op de voordracht van de Minister-President en van de Vice-Minister-President;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Oprichting van de Raad voor ontwikkelingssamenwerking, solidariteit en integratie

In de Duitstalige Gemeenschap wordt een Raad voor ontwikkelingssamenwerking, solidariteit en integratie opgericht, hierna « RESI » genoemd.

Art. 2. Opdrachten van de RESI

§ 1. De RESI is ermee belast de ontwikkelingssamenwerking, de Noord-Zuid-solidariteit en de integratie van de buitenlandse bevolking in de Duitstalige Gemeenschap te organiseren.

De RESI adviseert de bevoegde ministers en neemt positie over socio-politieke thema's en thema's m.b.t. het ontwikkelingsbeleid.

§ 2. Behoren namelijk tot de opdrachten van de RESI :

a) het continu opmaken van een toestandbeschrijving van de ontwikkelingssamenwerking in de Duitstalige Gemeenschap en het vaststellen van de sectoren waar het nodig is te handelen;

b) de uitwerking en uitvoering - op basis van die toestandbeschrijving - van nieuwe duurzame projecten, inzonderheid op het gebied van het sensibilisatiewerk en het Noord-Zuid-partnerschap;

c) het bepalen van jaarlijkse sleutelthema's in overleg met de bevoegde ministers;

d) het houden - ten minste om de twee jaar - van een forum over één van de sleutelthema's;

e) de behandeling van de thematiek «migratie»;

f) de behandeling van de thematiek «integratie van de buitenlandse bevolking in de Duitstalige Gemeenschap»;

g) de valorisatie van de ontwikkelingssamenwerking in de Duitstalige Gemeenschap;

h) de bevordering van de samenwerking tussen de verschillende organisaties, o.a. door een netwerk te creëren;

i) de bevordering van de samenwerking met de terzake bevoegde diensten van de Europese Unie, de Federale staat, de gewesten en de gemeenschappen.

§ 3. Op het einde van zijn mandaat stelt de RESI een verslag op over de toestand inzake ontwikkelingssamenwerking, solidariteit en integratie van de buitenlandse bevolking in de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 3. Samenstelling van de RESI

§ 1. De RESI is samengesteld uit organisaties die hun zetel of vestiging in het Duitse taalgebied hebben en daar sinds ten minste één jaar werkzaam zijn in één van de volgende sectoren :

- de ontwikkelingssamenwerking;

- de steun aan bewegingen voor de emancipatie en de rechten van de mens;

- de bevordering van de eerlijke handel;

- het vormings- en bewustmakingswerk op het vlak van het ontwikkelingsbeleid alsmede het intercultureel werk in de Duitstalige Gemeenschap;

- de begeleiding en opvolging van immigranten en vluchtelingen;

- de globalisering.

De Regering bepaalt de eerste lidorganisaties van de RESI.

Op advies van de RESI beslist de Regering over aanvragen om opname van nieuwe lidorganisaties.

§ 2. De Regering wijst de leden van de RESI aan op voordracht van de in de RESI vertegenwoordigde organisaties, waarbij de zendingsgroepen per decanaat worden vertegenwoordigd. Voor elk lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

Met toepassing van het decreet van 3 mei 2004 tot bevordering van de evenwichtige vertegenwoordiging van mannen en vrouwen in adviesorganen stelt elke organisatie, voor elk mandaat, één man en één vrouw voor.

De leden van de RESI worden voor vier jaar aangewezen. Het mandaat is hernieuwbaar.

Zijn lid met raadgevende stem van de RESI :

- ten hoogste twee vertegenwoordigers van de Regering;
- ten hoogste twee vertegenwoordigers van het Ministerie.

§ 3. De uittreding van een organisatie heeft uitwerking één maand na de schriftelijke mededeling aan de Regering en brengt van rechtswege het ontslag van het lid met zich mee dat die organisatie binnen de RESI vertegenwoordigt.

Het ontslag van een lid heeft uitwerking één maand na de schriftelijke mededeling aan de Regering. In dit geval beëindigt het vervangend lid het mandaat van zijn voorganger, behalve als de Regering, overeenkomstig § 2, lid 1, een nieuw lid aanwijst dat het mandaat beëindigt.

Art. 4. Werkwijze van de RESI

§ 1. De RESI zetelt ten minste twee keer per jaar. Vóór 1 maart neemt hij telkens een jaarlijks werkprogramma met het oog op de uitvoering van de in artikel 2, § 2, vermelde opdrachten alsmede een activiteitenverslag over het afgelopen jaar aan.

De eerste zitting van de RESI vindt ten laatste twee maanden na de aanwijzing van de leden ervan plaats.

§ 2. Binnen twee maanden na deze eerste zitting neemt de RESI een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dit reglement regelt de details van de werkwijze en van het financieel beheer van de RESI en van het bureau.

Art. 5. Bureau

Onder zijn leden kiest de RESI voor vier jaar een voorzitter, een vice-voorzitter, alsmede vijf bijzitters, onder wie twee vertegenwoordigers van organisaties die op het vlak van de ontwikkelingssamenwerking werkzaam zijn en twee vertegenwoordigers van organisaties die zich met de thematiek «migratie» bezighouden.

Onder zijn bijzitters kiest het bureau een secretaris en een geldbeheerder.

Zijn lid van het bureau met raadgevende stem :

- één vertegenwoordiger van de Regering;
- één vertegenwoordiger van het Ministerie;
- ten hoogste drie deskundigen aangewezen door het bureau. Deze mogen geen lid zijn van een binnen de RESI vertegenwoordigde organisatie.

Het bureau is belast met de voorbereiding en de omzetting van de beslissingen van de RESI, alsmede met de concrete uitvoering van de in artikel 2, § 2, vermelde opdrachten.

Art. 6. Financiële bepalingen

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kent de Regering aan de RESI een jaarlijkse dotatie met het oog op de uitvoering van zijn opdrachten toe.

Jaarlijks vóór 1 maart van het daaropvolgend jaar legt het bureau verantwoording over de aanwending van de middelen en zendt de bewijsstukken aan de Regering mede.

De leden van de RESI en van het bureau hebben recht op presentiegeld en reiskostenvergoeding overeenkomstig het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 7. Opheffingsbepaling

Het besluit van de Regering van 19 december 2001 houdende oprichting van een Raad voor de ontwikkelingssamenwerking in de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Art. 8. Inwerkingtreding

Voorliggend besluit treedt in werking op 1 september 2007.

Art. 9. Uitvoering

De Minister-President en de Vice-Minister-President zijn belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 19 juli 2007.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES